

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 9

Artikel: Zur Krise im Baugewerbe
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332463>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

freierung verbunden. Hier ist die Aufgabe des europäischen Sozialismus: im Kampfe wider die Schwächlichkeit der bourgeoisen Friedenspolitik, wider die kollektive Unsicherheit die geistige und politische Führung zu übernehmen.

Zur Krise im Baugewerbe

Von E r n s t R e i n h a r d.

Am 31. Dezember 1935 wurden in der Schweiz unter den 118,775 Arbeitslosen insgesamt 54,259 arbeitslose Bauarbeiter gezählt. Gegenüber dem Vorjahre bedeutet das eine Zunahme von 18,256 Mann oder von rund 50 Prozent. Tatsächlich dürfte die Zahl aber noch bedeutend höher sein, da die Berufe, die nicht auf dem Bauplatz in erster Linie, aber in der Werkstatt fast ausschließlich oder doch zum überwiegenden Teil für den Bau arbeiten, nicht mitgezählt wurden. Eine besondere Statistik in der Stadt Bern ergab Zahlen, die ein wesentlich anderes Verhältnis der arbeitslosen Bauarbeiter zur Gesamtzahl aller Arbeitslosen darstellen. Von 3806 Arbeitslosen des Februars 1936 waren 2844 Bauarbeiter. Dabei zeigte es sich, daß verhältnismäßig die qualitativ hochstehenden Berufe die weitaus stärkste Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten. So wurden gezählt:

| | Februar | 1929 | 1935 | 1936 |
|-----------------------------------|---------|------|------|------|
| Spengler | 12 | 58 | 133 | |
| Bauschreiner und Glaser | 38 | 69 | 82 | |
| Bauschlosser | 16 | 81 | 148 | |
| Monteure | 7 | 91 | 181 | |
| Elektromonteure | 3 | 73 | 125 | |

Der saisonmäßige Rückgang der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist dieses Jahr bedeutend geringer als früher; im März 1936 sind rund 10,800 Bauarbeiter mehr arbeitslos als im letzten Jahre.

Die Arbeitslosigkeit entspricht der gesunkenen Wohnungsproduktion. In 30 schweizerischen Städten wurden Wohnungen erzeugt:

| | |
|----------------|--------|
| 1926 | 6,082 |
| 1929 | 9,330 |
| 1931 | 12,681 |
| 1932 | 13,230 |
| 1935 | 6,661 |

Während sich also die Wohnungsproduktion vom Jahre 1926 bis zum Jahre 1932, also innerhalb sechs Jahren, verdoppelte, sank sie innerhalb drei Jahren wieder auf die Hälfte; sie dürfte, wenn alle Anzeichen nicht täuschen, im Jahre 1936 fast auf 3500 sinken. Im ersten Quartal 1935 wurden nämlich 2075 Wohnungen erstellt, also fast der dritte Teil der gesamten Jahresproduktion; dieser Anteil sank im Jahre 1936 auf 1046.

Wir stehen damit vor einem der allerschwersten Probleme der schweizerischen Volkswirtschaft; zu der versagenden Exportwirtschaft gesellt sich nun eine zusammenbrechende Innenwirtschaft. Daß wir hier etwas erleben, was andere Länder vor uns schon durchgemacht haben, sei nur nebenbei erwähnt.

Um das Problem der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe richtig einschätzen und es lösen zu können, muß man seinen Ursachen nachgehen. Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement macht sich die Sache einfach. Es erklärt: In der Schweiz wird zu teuer gebaut. Schuld daran sind vor allem die übersetzten Bauarbeiterlöhne. Diese müssen gesenkt werden; dann ist das Bauen wiederum rentabel; dann wird auch gebaut werden. Die Aprilbotschaft des Bundesrates ist ausschließlich auf diesen Ton gestimmt; wir verzeichnen eine Tat des Volkswirtschaftsdepartementes: es hat durch ein Schiedsgericht bestimmen lassen, daß die Löhne in einer Reihe schweizerischer Städte um 4 Prozent gesenkt werden müßten.

Wir können uns die Lösung des Problems nicht so leicht machen. Warum wird nicht mehr gebaut? Am Beispiel einer schweizerischen Stadt sei einiges erläutert; dabei erheben wir, im vollen Bewußtsein der Komplexität des Problems, keinen Anspruch auf Vollständigkeit; wir möchten nur in aller Bescheidenheit einen Beitrag leisten, damit durch weiteres Suchen Ursachen und Heilmittel festgestellt werden können.

Die Stadt Bern zählt Ende 1934 120,330 Einwohner; im Jahre 1935 stieg die Bevölkerungszahl auf 121,187. Weitaus der größte Teil des Zuzugs ist Wanderungsgewinn; der Geburtenüberschuß ist nur mit einer sehr geringen Quote beteiligt. 180 Familien waren unter anderem mehr nach Bern zugezogen. Es hätte also in Bern ein Mehrbedarf an Wohnungen von rund 200, gegenüber dem früheren Jahre, sich auswirken müssen. Die Bautätigkeit in Bern entwickelte sich folgendermaßen:

| | Total | Auf 100 Einwohner Wohnungen |
|---|-------|--------------------------------|
| Durchschnitt der Vorkriegsjahre | 643 | 7,3 |
| Kriegsjahre | 166 | 1,7 |
| Krisenjahre nach dem Kriege | 537 | 5,2 |
| Hochkonjunkturjahre | 885 | 7,8 |
| 1933 | 1393 | 11,8 |
| 1934 | 1179 | 9,9 |
| 1935 | 718 | 6,0 |
| 1936 voraussichtlich | 450 | 3,6 |

Gegenüber einem Mehrzuzug von 180 Familien eine Minderproduktion von 461 Wohnungen; die Folge hätte also eine Abnahme der Wohnungsreserve sein müssen. Die Tatsachen lauten:

Wohnungsreserve am 31. Dezember 1934: 1183 Wohnungen oder 3,5 %,
Wohnungsreserve am 31. Dezember 1935: 1213 Wohnungen oder 3,6 %.

Die Reserve hat nicht abgenommen, sondern, wenn auch in bescheidenem Maße, zugenommen. Obschon mehr Familien vorhanden sind, wurden weniger Wohnungen beansprucht. Worin liegt die Ursache?

Man darf dabei nicht vergessen, daß Bern vorwiegend Beamtenstadt ist. Das Einkommen der Stadt wird zu einem hervorragenden Teil von den öffentlichen Funktionären aufgebracht. Infolgedessen ist die Stadt für die Auswirkungen des Lohnabbaus am öffentlichen Personal auch viel empfindlicher als irgendeine andere Stadt. Es gibt nun eine sehr hübsche Arbeit des städtischen Statistikers Dr. Freudiger, in der erstaunlich gut gezeigt wird, wie die Beamten sich einstellen, wenn sie gute und wenn sie schlechte Löhne haben. Freudiger hat gegenübergestellt:

Was haben die stadtbernischen Funktionäre ausgegeben für ihre Wohnungen in einem Jahr der schlechten Löhne und in einem Jahr der guten Löhne? Er hat also den Teil des Lohnes, den ein Beamter 1920 für Miete ausgab, verglichen mit dem gleichen Teil im Jahre 1930. Er ist dabei zu ganz erstaunlichen, aber außerordentlich illustrativen Angaben gekommen.

Danach zahlten also die öffentlichen Funktionäre von ihrem Gehalt für Miete:

| | 1920 | 1930 |
|--|--------|--------|
| <i>weniger als $\frac{1}{10}$</i> | 21,5 % | 1,2 % |
| <i>Rund $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{7}$</i> | 47,7 % | 9,2 % |
| <i>Rund $\frac{1}{7}$ bis $\frac{1}{5}$</i> | 19,3 % | 35,6 % |
| <i>Rund $\frac{1}{7}$ bis $\frac{1}{4}$</i> | 7,4 % | 35,4 % |
| <i>Ueber ein Viertel</i> | 4,1 % | 18,6 % |
| | 69,2 % | 10,4 % |
| | 11,5 % | 54,0 % |

Wenn wir die Beamten, welche nur bis zu einem Siebentel für die Miete bezahlten, als die Mietknäuser bezeichnen wollten, dann hätte es deren, im Jahre des schlechten Lohnes 1920, nicht weniger als 69,2 Prozent, oder fast sieben Zehntel aller Beamten gegeben; im Jahre 1930 aber, im Jahre der guten Löhne, war diese Kategorie auf 10,4 Prozent zurückgegangen; sie war also fast um sechs Siebentel kleiner geworden; das heißt, daß fast 60 Prozent aller Beamten ihre alten, schlechten Wohnungen aufgegeben und an bessere, komfortablere und natürlich auch teurere abgetauscht hatten. Am besten ergibt sich diese Verschiebung aus den beiden obersten Klassen. Während 1920 nur 11,5 Prozent oder schwach ein Achtel aller öffentlichen Funktionäre mehr als den fünften Teil des Lohnes für die Wohnung opferten, war diese Kategorie bis zum Jahre 1930 auf 54 Prozent angewachsen, das heißt, sie hatte sich fast verfünffacht.

Diese Entwicklung wird nun vom Lohnabbau nicht nur gebremst, sondern zurückgeworfen. Die Beamten sparen jetzt an den Mieten; sie beanspruchen weniger Wohnraum; hatte man vorher ein Vierzimmerlogis, gibt man sich mit einer Dreizimmerwohnung zufrieden. Junge Ehepaare vermeiden es, eigenen Hausstand in eigener Wohnung zu gründen; häufiger als früher wohnen nun 2 Familien in einer Wohnung. Die Nachfrage nach dem Wohnraum sinkt, selbst bei zunehmender Bevölkerung und bei eigentlicher Ueberalterung der Stadtbevölkerung; der Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft dehnt sich auf die Bautätigkeit aus; es ist heute noch nicht entschieden, was rascher zurückgeht, die

Wohnungsnachfrage oder die Bautätigkeit, das heißt die Erstellung neuer Wohnungen. Aber daß wir es hier mit einer Erscheinung zu tun haben, die mit der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung in unmittelbarem Zusammenhang steht, ist ohne weiteres klar.

Das Volkswirtschaftsdepartement sagt: Tut nichts, die Löhne der Bauarbeiter werden abgebaut. Es fängt vorerst bei 4 Prozent an. Daß wir es mit einer ersten Etappe zu tun haben, ist klar; zu den ersten vier Prozent werden viele andere Prozente kommen, bis schließlich ein Lohnabbau von rund 50 Prozent der heutigen Löhne durchgeführt ist. Da das Departement und mit ihm viele seiner Gläubigen mit einem Index der Bauarbeiterlöhne rechnet, der um die 220 herum liegen sollte — es gibt sogar Phantasten, die mit 270 rechnen! — so würde ja eine 50prozentige Lohnsenkung immer noch bedeuten, daß die Bauarbeiterlöhne damit rund 10 Prozent über dem Vorkriegsstand wären. Denn was würden 4 Prozent Lohnsenkung schon zur Verbilligung des Bauens beitragen! Im Endeffekt gar nichts.

Bei größeren Bauwerken beträgt heute in Bern der Lohnanteil an den Baukosten zwischen 57 und 58 Prozent; dabei sind die Landerwerbskosten einerseits, die Lohnanteile von auswärts kommender, fertiger Bauteile anderseits nicht mitgerechnet. Wir können aber die Lohnanteile für Backsteine, Ziegel usw. außer acht lassen, da die Löhne hier schon sehr weit gesenkt worden sind, so daß sich wahrscheinlich auch das Volkswirtschaftsdepartement nicht einbilden wird, es könne hier noch weitergefahren werden. Immerhin können, als Gegenwert, die Landerwerbskosten auch außer Betracht fallen, obschon in einem bestimmten Fall, der allerdings außergewöhnlichen Charakter hat, die Landerwerbskosten die reinen Baukosten um 10 Prozent überragen, das heißt daß die Landerwerbskosten 110 Prozent der reinen Baukosten ausmachen. An normalen Verhältnissen gemessen, ergibt sich, daß mit der Manipulation des Volkswirtschaftsdepartements ungefähr 2 Prozent der reinen Baukosten eingespart werden könnten. Niemand wird behaupten wollen, daß damit das Bauen erleichtert werde; eine merkbare Senkung der Baupreise wird erst zu verzeichnen sein, wenn die Löhne zum mindesten um 20 Prozent gesenkt sind; auch dann noch ist es mehr als fraglich, ob die Senkung der Baukosten einen Antrieb zum Neubauen geben werde.

Denn es gibt keinen irgendwie gesund denkenden und rationell arbeitenden Bauunternehmer, der erklärt, daß er nicht bauen könne, weil die Löhne zu hoch seien. In allen Unterhandlungen, die wir mit Bauunternehmern über die Durchführung von zurückgestellten Bauten geführt haben, ist niemals das Argument der zu hohen Löhne aufgeführt worden; überall wurde die Unmöglichkeit, die Neubauten zu finanzieren, als fast einzige Ursache bezeichnet; daneben wurden noch baupolizeiliche Gründe aufgeführt. Aber das ausschlaggebende Argument ist immer das der Finanzierung. Die Löhne mögen stehen, wo sie wollen; wenn es nicht gelingt, Baukredite zu erhalten und die Baukredite nachher in sichere Hypotheken zu verwandeln, spielen die Baukosten überhaupt keine Rolle, nützen alle noch so weitgehenden Lohnsenkungen

gar nichts. Im Gegenteil; sie bilden ein weiteres, bauerschwerendes Element.

Die Banken haben angefangen, Hypotheken zu kündigen. Es gibt verschiedene Gründe dafür.

Erstens sind viele kleine Banken, die noch vor vier bis fünf Jahren den Bauunternehmern nachliefen, weil sie nicht wußten, wohin mit dem flüssigen Geld, infolge der Auswirkung der Schachtpolitik, der Investierung von kurzfristigen Geldern in die Sanierung von Bauernbetrieben, der Rückzüge der kleinen Sparer als Folge des allgemeinen Mißtrauens in die Banken, selbst knapp an flüssigen Mitteln geworden; ich kenne eine Landbank, die in Bern Bauten finanzierte, als die Stadtbanken schon nicht mehr kreditieren wollten, die sich direkt ins Geschäft drängte, das Geld billig anbot — und die sich heute weigert, die Baukredite in feste Hypotheken zu verwandeln, obschon die erstellten Bauten bis jetzt eine 7prozentige Rendite abgeworfen haben.

Zweitens trauen die Banken dem Wohnungsmarkt nicht mehr. Die Rückwärtsbewegung in der Nachfrage als Folge des Lohnabbaues ist ihnen durchaus nicht entgangen; sie wissen aus Erfahrung, daß viele Beamte nun auch ihnen gegenüber Schwierigkeiten haben, ihre kleinen Verpflichtungen zu erfüllen; sie fragen sich, wie lange die bisherigen Mietpreise noch gehalten werden können. Sie wissen, daß bei einem durch den Lohnabbau erzwungenen, allgemeinen Sinken der Mietpreise die Hypotheken entwertet werden. Manche Bank hat daher heute schon angefangen, selbst erstrangige Hypotheken zu kündigen, im Bestreben, sich als erste ungeschlagen aus einem sicheren Verlustgeschäft zu ziehen. Plötzlich spüren die Banken, daß der von ihnen erzwungene Lohnabbau sich gegen sie selbst auswirkt.

Drittens aber fürchten sie geradezu die Neubauten, die auf Grund eines sehr weitgehenden Abbaus der Bauarbeiterlöhne erstellt werden könnten. Sie sind klug genug, um einzusehen, daß mit der Erstellung einer neuen, umfassenden und zukünftig allein möglichen Serie von billigen Neubauten die teuren Altbauten — und Altbau ist in diesem Falle alles, was bis zum Jahre 1935 erstellt wurde — entwertet sind, daß sie die Konkurrenz mit den Lohnabbau-Bauten nicht aushalten können. Sie wissen, daß dann mancher Hausbesitzer seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllen kann; sie fürchten den Tag, wo diese Häuser auf die Steigerung kommen müssen und wo in bestimmten Fällen schließlich die Gemeinden, als Garanten des erstrangigen Hypothekenskapitals, die Häuser erwerben müssen, um sie nicht allzu weit absinken zu lassen. Sie fragen sich, ob die heute schon schwer erschütterten Gemeinden einen derartigen Ansturm auf die Einlösung ihrer Garantie- und Bürgschaftsverpflichtungen aushalten werden. Aus diesem Grunde sind die Banken in der Gewährung der Baukredite außerordentlich unsicher und ängstlich geworden, so daß Baukredite heute nur noch durch ganz sichere Bauunternehmer, oder dann von Banken zu erhalten sind, die sich außerhalb stellen und am Rande des Bankenkonzerns ein freibeuterisches Dasein fristen.

An diesem viel wichtigeren Finanzproblem geht das Volkswirt-

schaftsdepartement mit souveräner Verachtung vorüber. Neben der fixen Idee des Lohnabbaues für die Bauarbeiter besteht nichts anderes mehr. Und doch hätte man sich einigermaßen Gedanken machen müssen, da nun die neuen Wehrkredite ganz bestimmt den Finanzmarkt auf einige Zeit belasten werden.

Es läßt sich praktisch nur einige Sicherheit zurückgewinnen, wenn den Hypotheken vermehrte Sicherheit gegeben wird. Die Gemeinden als Garanten reichen in vielen Fällen nicht mehr aus, da gerade sie durch die Krisen am schwersten erschüttert worden sind. Die Frage muß daher geprüft werden, ob nicht hinter den Gemeinden eine zweite Auffangorganisation geschaffen werden müßte, die sich gewissermaßen als Rückversicherung hinter alles stellte und in den Fällen, wo die Gemeinden versagen müssen, die Hypothek übernimmt und sie vor dem Zerfall schützt. In dieser Hypotheken-Rückversicherungsgesellschaft müßten die Gemeinden, die Genossenschaften, der Bund usw. allgemein beteiligt sein.

Die Frage ist ferner zu prüfen, wie zukünftig die Erstellung von Neubauten und Neuwohnungen besser dem Bedarf angepaßt werden könnte. Die Dinge haben sich ja nun so entwickelt: Auf eine wilde, rein spekulativ bedingte Bauerei zu Anfang der Dreißigerjahre ist eine Panik gefolgt; wenn irgendwie die heutige Wohnungsreserve aufgebraucht ist, kann die alte Geschichte wiederholt werden. Wir haben als Folge der wilden Bauerei in der Spekulationszeit den Bauapparat übersetzt; vor allem sind plötzlich viel zu viele Bauhandwerker-Unternehmer entstanden, die kaum darauf rechnen können, daß ihre Existenz für die Zukunft gesichert sei und geschützt werden könne. Es wird sich hier eine sehr schmerzliche Rückbildung vollziehen müssen, um die niemand herumkommt; die Ausweitung des Bauapparates war durch kein Bedürfnis gerechtfertigt. Um zukünftig ähnliche Erscheinungen zu verhindern, haben die Gemeinden in vielen Fällen das Mittel in der Hand; sie brauchen den Banken nur mitzuteilen, daß sie sich nicht für verpflichtet erachten, für alle Spekulationsbauten auch die Garantieverpflichtungen gegenüber den staatlichen Hypothekenbanken zu übernehmen, daß sie also von Fall zu Fall nachprüfen werden, ob der Bau auch dem Bedürfnis entspreche. Sie werden allerdings erst mit Sicherheit darauf hin wirken können, wenn auf der andern Seite ein aus den Banken, den Versicherungsgesellschaften und den Gemeinden zu bildender Hypothekenkonzern entstanden ist, ohne dessen Wissen keine Hypothek von einiger Bedeutung gegeben werden kann.

Es ist aber weiter zu prüfen, ob nicht gewisse Verbilligungen der Baumaterialien eintreten könnten, indem die Preise für Trustmaterialien nachgeprüft und alles, was auf Grund von Preisabrede, Kartellierung aber vor allem von Ueberkapitalisierung infolge der Kartellierung über die wirklichen Gestehungskosten hinausragt, beschnitten wird. Mit einem Preisabbau dieser volkswirtschaftlich unsinnigen Kartell- und Trustpreise sind auch wir einverstanden; es läßt sich einiges herausholen; man denke nur an den Zementtrust. Dann aber ist die Frage ganz neuer Bauformen zu studieren. Hier eröffnet sich eine Möglichkeit, in-

dem wir uns endlich von der Tyrannei des Zementtrusts befreien und uns fragen, ob nicht unser bester schweizerischer Baustoff, das Holz, wieder zu vermehrter Bedeutung geführt werden könnte.

Letzten Endes muß die Frage der Arbeitszeit im Baugewerbe doch einmal angepackt werden. Nirgends so sehr wie da wird Ueberzeit geschunden, ohne daß ein Hahn danach kräht; ein wesentlicher Teil der Arbeitslosigkeit ist auf diese Ueberzeitschinderei zurückzuführen. Nirgends wie hier ist aber eine Ermäßigung der Arbeitszeit möglich. Die Mehrkosten müssen gar nicht durch einen Lohnausgleich allein eingebracht werden. Wenn es gelingt, bei den Baukosten den Anteil des Trustkapitals zurückzubinden, wenn in den Baukosten die Risikoprämien, die sich heute alle Handwerker-genossenschaften schon vorher zuschanzen lassen, die aber auch von den Banken genommen werden, weggelassen werden können, dann wird ein wesentlicher Teil der Mehrkosten, die durch die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden im Tag erwachsen werden, auszugleichen sein; ein anderer Teil könnte dann von den Arbeitern selbst als Solidaritätsbeitrag anerkannt werden. Darüber müßte man mit den Gewerkschaften unterhandeln. Sie werden mit sich reden lassen, sobald sie einsehen, daß man die Lösung nicht immer auf der Seite des geringsten Widerstandes und der bequemsten Parolen sucht, sondern daß man sich ehrlich müht, ein Problem ganz durchzudenken, auch wenn es Mühe kostet, und Lösungen vorzuschlagen, die alle Seiten umfassen.

Arbeitsbeschaffung durch technische Forschung

Von Emil J. Walter

Die Strukturkrise der schweizerischen Volkswirtschaft dauert an. Zwar wurde die soeben aufgelegte Anleihe des Bundes überzeichnet, so daß der Bundesrat den Anleihenbetrag erhöhen konnte. Aber der Rückgang der Einnahmen der Schweizerischen Bundesbahnen hat auch in den ersten Monaten dieses Jahres angehalten, so daß trotz dem bereits durchgeführten Lohnabbau des Personals keine wesentliche Verbesserung der Gewinn- und Verlustrechnung erreicht werden konnte. Die SBB. vermögen die Defizitperiode aus eigener Kraft nicht zu überwinden. Die Bautätigkeit stockt allgemein. Das Wirtschaftsvolumen nimmt immer noch ab. Die Einkommen der Arbeitnehmer sinken, die Kaufkraft der Konsumenten bröckelt ab, die Krise frißt sich weiter ein in den Körper der schweizerischen Volkswirtschaft.

Seit Jahren wird die Frage der *Förderung des Exportes und der Exportindustrien* diskutiert. Aber in der Schweiz reift der Entschluß zur Tat nur langsam. In einem »Hilfe für die Exportindustrie« überschriebenen Artikel haben wir im Maiheft 1935 der »Roten Revue«